



# Greenhouse gas burden sharing within the European Union

An Evaluation of the Triptych Approach

Deutsche Kurzfassung

Auf der Konferenz der Vereinten Nationen zur Klimarahmenkonvention, 1997, die in Kyoto, Japan, stattfand, verpflichtete sich die Europäische Union dazu, ihre Treibhausgasemissionen von 2008 bis 2012 um 8 Prozent gegenüber der Basis von 1990 zu reduzieren. Die EU-Mitgliedstaaten vereinbarten, dass sie die Minderungsverpflichtung gemeinsam tragen würden. Die Lasten der Einzelstaaten sollten jedoch unter Berücksichtigung nationaler Besonderheiten und Rahmenbedingungen festgelegt werden. Hieraus entstand die Vereinbarung zur Lastenteilung (burden sharing) innerhalb der EU. Die Basis für diese Vereinbarung ist ein sektorales bottom-up Modell, der sogenannte „Tryptich-Ansatz“.

Ziel der hier vorgelegten Studie ist es, die Abweichungen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten von ihren Kyoto-Zielen zur Treibhausgas-Emissionsminderung zu analysieren und zu bewerten. Hierfür werden die auf der Zeitachse interpolierten Emissionsberechtigungen mit den aktuellen Emissionsdaten des Jahres 2005 verglichen. Um die Ursachen für die Abweichungen bewerten zu können, wurden verschiedene Entwicklungen, sektorale Emissionstrends, Energieindikatoren und sozio-ökonomische Daten für Deutschland, Spanien und das Vereinigte Königreich analysiert. Im Ergebnis konnten verschiedene Ursachen für die unterschiedlichen Emissionsverläufe festgemacht werden. Wesentliches Ergebnis ist, dass die wirtschaftlichen Wachstumsraten der Länder des Kohäsionsfonds zu gering waren. Des Weiteren erfolgte die Annäherung der Lebensstandards innerhalb der EU 15 schneller als vom zu Grunde liegenden Modell vorhergesagt. Besonders der Verkehrssektor ist eine stark wachsende Quelle für Emissionen. Die Ergebnisse bestätigen, dass es erforderlich ist, künftig den Flugverkehr in das Europäische Emissionshandelssystem (ETS) aufzunehmen, um weitere Emissionsanstiege zu begrenzen. Die Annahmen zur Entwicklung des Energiemixes bestimmter Länder bestätigten sich nicht. Die Ergebnisse der Fallstudien legen nahe, dass beim Energiemix und der Realisierung der staatlichen Energiepolitik besonders eigenen staatlichen Energieressourcen Vorrang eingeräumt wurde. Speziell in Deutschland führte dies dazu, dass große Unterschiede zwischen den festgelegten staatlichen Energiepolitikzielen und den tatsächlichen Investitionsentscheidungen der Energieindustrie und der Automobilhersteller zu beobachten sind.

Der Ausblick dieser Studie befasst sich mit dem Europäischen Emissionshandelssystem und den Optionen für eine Vereinbarung zur künftigen Lastenteilung, differenziert nach dem Emissionshandels-Sektor und dem Nichthandels-Sektor. Es wird empfohlen, anspruchsvolle Obergrenzen für den Emissionshandel und anspruchsvolle Technologiestandards innerhalb eines harmonisierten institutionellen Rahmens festzulegen. Eine große Herausforderung für eine künftige Vereinbarung wird es sein, besonders die zwölf neuen Mitgliedstaaten der EU-27 in die künftige Lastenteilung zu integrieren.

Die Langfassung der Studie ist unter [http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/mysql\\_medien.php?anfrage=Kennnummer&Suchwort=3684](http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/mysql_medien.php?anfrage=Kennnummer&Suchwort=3684) zu finden.